

Der Frieden wird am Arbeitsplatz entschieden

Aus dem Referat von Gerhard Wäsch, stellvertretender Vorsitzender der Universitäts-Gewerkschaftsleitung, auf der Delegiertenkonferenz der Karl-Marx-Universität

Die Gewerkschaft kann nicht außerhalb des Lebens in unserer Republik stehen. Wir, d. h. die Wissenschaftler, Arbeiter und Angestellten der Karl-Marx-Universität stehen inmitten des pulsierenden Lebens, des Kampfes der Werktätigen, dessen eigentlichen Inhalt der Vorsitzende des Staatrates, Walter Ulbricht, so kennzeichnet:

„Unser deutsches Volk kann nur einen würdigen Platz im Kreise der Völker einnehmen, wenn es sein ganzes Tun auf die Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten des Volkes zur Entwicklung der Wissenschaft, Technik und Kultur konzentriert und den friedlichen Wettbewerb mit den anderen Völkern in Ehren besteht.“

Diese zutiefst humanistische Aufgabe zu bewältigen, die einschließt, unseren Staat, der der rechtmäßige deutsche Staat ist, weil er den Friedenswillen des deutschen Volkes verkörpert, die Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten fördert, die Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen hat und die wertvollen Traditionen des deutschen Volkes pflegt, zu festigen, ist das vornehmste Anliegen unserer Gewerkschaft. Wir arbeiten daran in der Gewißheit, daß die gegenwärtig entscheidenden Ziele unseres Staates, die zugleich für die ganze deutsche Nation von der Geschichte auf die Tagesordnung gesetzt wurden, Abhaltung und dauernde Friedensregelung, unseren unmittelbaren Interessen entsprechen.

Allseitige und umfassende Interessenvertretung

Unsere Gewerkschaft handelt richtig, wenn sie in den letzten beiden Jahren den Weg von der nur unmittelbaren, materiellen, persönlichen, damit einseitigen Interessenvertretung zur allseitigen, umfassenden gegangen ist. Wir haben das in dem Bewußtsein getan, daß die Ergebnisse unserer Arbeit, die Erfolge in Forschung und Lehre aller Disziplinen mittelbar oder unmittelbar Tempo und Qualität der Entwicklung unserer Republik beeinflussen, die sich auf die weitere Hebung des Lebensstandards auswirken und somit Beiträge darstellen, persönliche Bedürfnisse besser und weitergehend zu befriedigen.

Die Wirksamkeit unserer Organisation kann nur daran gemessen werden, wie gleichzeitig mit wachsender Klärung des Verhältnisses zwischen Vertretung persönlicher und gesellschaftlicher Interessen unsere Mitglieder befähigt werden, ihre Initiative zur Bewältigung der Planungsaufgaben zu entfalten und im Prozeß der Planerfüllung neue Beziehungen untereinander, zu unserem Staat, zur Partei der Arbeiterklasse und zur eigenen Organisation gestalten, wie sie mithelfen, solche Verbindungen, Kontakte, schließlich eine solche Arbeits- und Lebensatmosphäre zu entwickeln, auf deren Boden die von klarer Erkenntnis der Aufgabe getragene Initiative, Einsatzbereitschaft, aber auch Entschlossenheit, Schwierigkeiten zu überwinden, wachsen und gelenkt werden.

Die Hilfe für den Erfolg in der beruflichen Arbeit, weil gerade die höheren Leistungen zur Hebung des Lebensstandards beitragen und ständig wachsende Voraussetzungen schaffen, materielle und kulturelle Bedürfnisse zu befriedigen, ist das entscheidende Element der allseitigen Interessenvertretung. Aber es geht dabei nicht um ein Nacheinander, sondern um ein Zugleich.

Forum des Erfahrungsaustausches

Sehr viele Universitätsangehörige nutzen das Forum ihrer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung, um — einem offensichtlich persönlichen Bedürfnis entsprechend — sich über die Probleme ihrer beruflichen Arbeit auszutauschen. So machen sich die Kollegen der Veterinärmedizinischen Fakultät weiterführende Gedanken über die Gestaltung der komplexen Forschung und berieten z. B. in den Gruppen darüber, wie die Tierpfleger durch Vertrautwerden mit dem Sinn bestimmter wissenschaftlicher Schritte unmittelbar am Ergebnis der wissenschaftlichen Arbeit interessiert werden können. An einigen Kliniken wurde daran gegangen, der Gemeinschaftsarbeit auf den Stationen neuen Auftrieb zu geben, über „Anfänge immer mehr hinauszukommen“ und die ganze Sache nicht mehr an der „Aufstellung des Punktsystems scheitern“ zu lassen. Die Wissenschaftler der Chemischen Institute fragten auf ihrer Wahlversammlung nach dem Wie-weiter in der Arbeit der Erzieherkollektive. Die Kollegen der Medizin, Heilme, Verwaltungsleute zeigten große Unzufriedenheit gegenüber vorhandenen Mängeln in der Arbeit und wiesen Wege zu ihrer Überwindung. Historiker, Germanisten, Slavisten und Pädagogen gewannen wertvolle Erkenntnisse zur Verbesserung der Ausbildung der Studierenden, vor allem der Lehrenden.

Solche Beispiele, deren noch unzählige angeführt werden könnten, zeigen davon, daß berufliche Arbeit, wissenschaftliche Arbeit und Gewerkschaft kein Nebeneinander darstellen. Im Gegenteil!

Unsere Organisation kann in dem Maße mit der Mitarbeit der Wissenschaftler, Arbeiter und Angestellten rechnen, in dem diese ihre Probleme, die sie selbstverständlich — aber nicht nur — aus der beruflichen

Arbeit ergeben, zum Inhalt der Gewerkschaftsarbeit gemacht werden.

An der Planung und Lösung der Aufgaben mitwirken

In diesem Zusammenhang ergibt sich freilich eine Frage, die vielerorts diskutiert wurde — nämlich: Übernimmt damit die Gewerkschaft nicht Aufgaben, die der Kompetenz der staatlichen Leitungen unterliegen, bedeutet die Mitwirkung bei



Auch in den Pausen der Delegiertenkonferenz wurde der Gedankenaustausch fortgesetzt. Genosse Heinz Schmidt, Stellvertreter des Ersten Sekretärs der Universitäts-Parteileitung, Günther Neumann, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaftsleitung der Medizinischen Fakultät, Professor Dr. Rudolf Arzberger, Direktor des Instituts für Völkerrecht und Erster Vorsitzender des Bezirksverbandes der Gewerkschaft Wissenschaft, und Gerhard Wäsch, stellvertretender Vorsitzender der Universitäts-Gewerkschaftsleitung (von links nach rechts), im Gespräch.

der Erfüllung beruflicher Verpflichtungen nicht eine „Einmischung“ in die Angelegenheit der wissenschaftlichen Leiter unserer Institutionen? Oder, wie an Slowischen Institut gefragt wurde: „Welche Funktion hat die Gewerkschaft in bezug auf die wissenschaftliche Arbeit, wenn doch die Institutsleitung in ihren Arbeitsberatungen sich mit Inhalt und Organisation von Forschung und Lehre befaßt?“

Auf dem 12. Plenum des ZK der SED sagte Walter Ulbricht:

„Die Lösung der neuen Aufgaben, die uns im Ergebnis des großen Aufschwungs unserer Produktion gestellt sind, ist eng verbunden mit der Entwicklung der sozialistischen Demokratie.“

Sozialistische Demokratie zu entfalten, bedeutet doch vor allem, die Werktätigen, damit auch alle Angehörigen unserer Universität, zu befähigen, immer bewußter, d. h. bei klarer Erkenntnis der politischen Bedeutung ihrer Arbeit Anteil zu nehmen an der Planung und Lösung der Aufgaben, an der Leitung z. B. auch der wissenschaftlichen Institutionen mitzuwirken.

Unser sozialistischer Staat, unsere staatlichen Leitungen der wissenschaftlichen Institutionen stützen sich auf die Mitwirkung der Gewerkschaft, und wir freuen uns darüber, daß Dekane und Institutsdirektoren die Wahlversammlungen zum Anlaß nahmen, der Gewerkschaft — wie Prof. Übermuth sagte — „für die Hilfe in vielerlei Hinsicht“, oder Prof. Neundorff „für die Mitarbeit der Gewerkschaft, ohne die viele Aufgaben der Fakultät nicht gelöst werden könnten“ zu danken. Dieser Dank erfüllt uns doch deshalb mit Stolz, weil wir wissen, daß Staat und Gewerkschaften in unserer Republik dieselbe Zielsetzung haben.

Unsere Ziele stimmen mit denen unseres Staates überein

Zwischen unserer Arbeiter- und Bauernmacht, unserem Staat als dem wichtigsten Instrument der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zur Verwirklichung ihrer Interessen und ihres von wahrhaftem Humanismus getragenen Willens, und den Gewerkschaften als der großen Klassenorganisation, in der unsere Gewerkschaft Wissenschaft ein untrennbarer Teil ist — ein Symbol der schöpferischen Zusammenarbeit von Arbeiterklasse und Intelligenz — bestehen keine Gegensätze. Die umfassenden Rechte unserer Gewerkschaften, die im Gesetzbuch der Arbeit ihren überzeugenden Ausdruck gefunden haben, sind ihrem Inhalt nach keine Rechte gegen den Staat. Sie sind rechtliches Instrument zur Gewährleistung der engen, fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Staat und Gewerkschaften, sie sind Ausdruck gemeinsamer Anstrengungen, um den Sozialismus zur Vollendung zu führen.

Die Gewerkschaft hat ihre spezifischen Aufgaben. Wenn wir diese als allseitige Interessenvertretung bezeichnen und in der Hilfe für die berufliche Arbeit, für die Planerfüllung das wesentlichste Element sehen, so meinen wir damit nicht, daß wir unmittelbar staatliche Aufgaben überneh-

men. Und wenn wir von der schöpferischen Zusammenarbeit sprachen, so schließt das nicht die gegenseitige Kritik aus.

Unsere Organisation wirkt dann richtig, wenn sie die beruflichen Interessen der Kollegen aufgreift, mit ihnen gemeinsam um die Lösung der Aufgaben ringt. Sie wird um so erfolgreicher helfen können, wenn sie das richtige Verhältnis zur staatlichen Leitung findet und durch eine verständliche politische Interpretation des Zusammenhangs zwischen den persönlichen Leistungen und der Entwicklung unserer Republik, der engen Verflechtung persönlicher und gesellschaftlicher Interessen und

nach dem Vorbild des Faschismus auf die Versklavung ganzer Völker hinauslaufen. Sie reden provokatorisch von der Bildung einer NATO-Kampfgruppe, die den Weg nach Berlin aufbrechen soll.

Für einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten

Unsere Republik setzt diesen Schreibern und Provokateuren die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten entgegen, die gerechte Forderung des ganzen deutschen Volkes. Wir wünschen, daß der Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten abgeschlossen wird, weil er den Frieden sichert, die Beziehungen zwischen den Völkern ordnet, die Westdeutschland aufzugesetzten Pariser Verträge aufhebt, die Gleichberechtigung und Souveränität des deutschen Volkes verwirklicht und schließlich anachronistische Reste des Krieges — wie beispielsweise das Besatzungsregime in Westberlin — beseitigt. Der Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten ist längst auf die Tagesordnung des politischen Geschehens gesetzt worden. Seine historische Funktion besteht darin, alle patriotischen Kräfte des deutschen Volkes aufzubieten im Kampf gegen die Verderber des Volkes, gegen jene Exponenten des Militarismus, über die die Völker nach deren Niederlage im zweiten Weltkrieg ein eindeutiges Urteil gesprochen haben.

Friedensvertrag verschärft nicht, sondern entspannt die Lage

Auch unserer Organisation erwächst aus der selbstverständlichen Pflicht, jeden einzelnen Mitarbeiter der Universität in den Kampf um den Abschluß des Friedensvertrages einzubeziehen, zugleich die Aufgabe, jede, aber auch jede Möglichkeit zu nutzen und neue Formen zu finden, um das Gespräch mit westdeutschen Wissenschaftlern über diese so entscheidende Frage, die die Substanz der deutschen Nation unmittelbar berührt, zu führen. Keine wissenschaftliche Veranstaltung, keine Begegnung sollte vergehen, ohne daß wir unsere Stimme erheben und überzeugend für den Abschluß des Friedensvertrages erhoben hätten, denn es geht um die Grundinteressen des deutschen Volkes.

Der Abschluß des Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten wäre zugleich der Schlüssel, der die Tür zur Annäherung der beiden deutschen Staaten öffnen würde.

Gegenwärtig sind bestimmende Kräfte aus dem Lager der Bonner Ultras, assistiert von der Kriegsfraktion der SPD-Wahlmannschaft, noch nicht bereit, der Forderung des deutschen Volkes zu entsprechen. Adenauer sagte von der Tribüne des Revanchistenkongresses in Hannover vorerst „nein“. Aber Adenauer ist doch nicht das deutsche Volk!

Walter Ulbricht weist in seinem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ darauf hin, daß der Friedensvertrag in absehbarer Zeit abgeschlossen wird, entweder mit beiden deutschen Staaten, oder von der Sowjetunion und denjenigen Mächten der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition, die es wünschen, und der DDR andererseits. Hier sei festzustellen, daß damit der Kampf um den Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten erst eingeleitet, keinesfalls abgeschlossen sein kann.

Einige Mitglieder unserer Organisation fragen, ob damit nicht die Lage in Deutschland verschärft würde. Wir meinen nein. Der Friedensvertrag selbst nur mit einem deutschen Staat, mit unserer DDR abgeschlossen, würde einen bedeutenden Schritt in bezug auf ganz Deutschland darstellen. Wir zeigen damit unsere Entschlossenheit, keine Verschleppung des Friedensvertrages mit Deutschland länger zu dulden. Zugleich würden die Bonner Machthaber, die Strauß-Schröder-Clique, bestimmte Möglichkeiten verpassen, einen Vertrag abzuschließen, der in bestimmten Zügen den Interessen des deutschen Volkes widerspricht. Weitere Kräfte gegen Militarismus und Neofaschismus werden mobilisiert. Der Friedensvertrag mit unserer Republik wäre das große Vorbild für Gesamtdeutschland. Schließlich würde die Rolle unserer Republik als rechtmäßiger deutscher Staat international gehoben, mit dem Friedensvertrag würde die Autorität unserer DDR wachsen.

Mit dem Abschluß des Friedensvertrages wird also die Lage nicht verschärft, er dient vielmehr der weiteren Entspannung.

Walter Ulbricht spricht die Hoffnung aus:

„Ich möchte doch nicht ausschließen, daß Herr Adenauer eines Tages begreifen könnte, daß es gar keinen anderen Ausweg als den Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten und eine entsprechende Lösung der Westberlinerfrage gibt.“

Auch hier wird die Erkenntnis siegen, die Chruschtschow auf der UNO-Vollversammlung prägte: „Die Wahrheit läßt sich nicht umbringen! Die Wahrheit wird triumphieren. Wenn die Wahrheit triumphieren wird — dafür bedarf es der Geduld!“

Geduld zeigen, heißt nicht tatenlos abwarten

Geduld zu zeigen, bedeutet für uns nicht tatenlos abwarten. Wir würden völlig falsch handeln und damit die Interessen der deutschen Nation schädigen, wollten wir als beschauliche Betrachter alles der „Entwicklung“ überlassen. Wir können nicht den Zeitpunkt festsetzen, wann Vernunft und Wahrheit endgültig siegen. In unserer Hand liegt jedoch auch, wann sie siegen. Der Kampf um die völlige Siche-

rung des Friedens wird nicht zuletzt mit unseren Leistungen ausgefochten, er wird schließlich auch an unserem Arbeitsplatz entschieden.

Der weltweite Kampf um die Erhaltung des Friedens wie die vertragliche Regelung zur Sicherung des Friedens in Europa betreffen uns also unmittelbar. Unsere Arbeit, die der Wissenschaft und der Festigung unserer Republik dient, erhält ihren tiefen humanistischen Sinn und ihr bedeutungsvolles politisches Gewicht.

Die umfassende Interessenvertretung unserer Mitglieder verlangt, daß wir ihnen helfen, den Blick für die weltpolitischen Vorgänge zu schärfen und tätig Partei ergreifen, weil wir überzeugt sind, daß daraus wichtige Impulse für die Lösung der Aufgaben an unseren Institutionen erwachsen.

Probleme der Volkswirtschaft sind unsere Probleme

Die Aussprache über den Entwurf des AGB, wie auch viele Beiträge von Vertretern verschiedener Beschäftigungsgruppen während der Wahlveranstaltungen berühren auch eine Fülle Probleme der ökonomischen Entwicklung unserer Republik, sehr oft freilich nur aus dem engen Blickwinkel des eigenen Erlebens oder der Situation am Institut. Wir halten es für begreiflich, daß die Aufbauarbeiten in unserer Republik, die kontinuierliche Verbesserung der materiellen Lebenslage, wie auch die großzügige Förderung unserer wissenschaftlichen Arbeit durch den Staat viele weiterführende Wünsche äußern lassen. Die Tatsache, daß gerade unsere Universität in zunehmendem Maße aus der Hand des Staates Mittel erhält, die es ermöglichen, Kapazitäten zu erweitern, die Forschung auszubauen, schließlich auch bedeutende lohnpolitische Maßnahmen durchzuführen, zeigt sich in der Steigerung des Volumens des Haushaltes.

Auch der Lohnfonds unserer Universität ist außerordentlich — keinesfalls lediglich proportional zur steigenden Zahl der Arbeitskräfte gewachsen.

Die Probleme unserer Volkswirtschaft, die wissenschaftlichen, beruflichen, materiellen und personellen Probleme der Universität, sind unsere Probleme. Sie im gesellschaftlichen Interesse zu lösen, heißt unsere Sorgen zu beheben.

Kampf der Langeweile — für ein interessantes Gruppenleben

Schöne Worte, gute Ideen sind wertlos, wenn sie nicht vor allem in der Gruppe Widerhall finden, wenn nicht alle Mitglieder erfüllt werden, ihre politische, geistig-kulturelle, soziale und materielle Interessenvertretung zur eigenen Sache zu machen. Es sei gestattet die guten Erfahrungen vieler Bereiche aufzugreifen und zu zeigen, welche Qualität der Gruppenarbeit wir erreichen sollten:

a) Die Gruppe, die Abteilungsorganisation sollte zu der Gemeinschaft werden, in der die Beziehungen der Mitglieder von Vertrauen zueinander, zur Partei der Arbeiterklasse, zu unserem Staat und zur eigenen Organisation getragen sind, in der sich in der praktischen Arbeit das Verständnis für die Belange einzelner Berufsgruppen, für die Frauen und Jugendlichen erweist, sich Verantwortung für Gesundheit und Wohlergehen entwickeln, in der jeder Kollege um Hilfe bei persönlichen Schwierigkeiten ersuchen kann und sie auch erwarten sollte.

b) Die Gruppe, die Mitgliederversammlung sollte das wichtigste Forum der politischen Meinungsbildung, der Verständigung über Probleme der weltpolitischen Entwicklung und solcher Fragen sein, die sich aus der politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Situation unserer Republik ergeben. Vertrauensvoll, offen und ehrlich sich selbst und der Gemeinschaft gegenüber sollte zielstrebig um das richtige Verhältnis zur eigenen Aufgabe und zur Politik von Partei und Regierung gerungen werden.

c) Die Gewerkschaftsgruppe sollte Ort des Erfahrungsaustausches zur beruflichen Arbeit sein, an dem gemeinsam Voraussetzungen geschaffen werden, die Aufgaben in Forschung und Lehre, in den Verwaltungen, Werkstätten, Stationen und Versorgungseinrichtungen rationell im Hinblick auf den größeren Effekt zu lösen.

d) Die Mitgliederversammlung sollte zugleich einen Beitrag zur allseitigen Bildung unserer Mitglieder leisten. Formen- und Ideenreich, aktuell und interessant sollten solche Inhalte gefunden werden, die unsere Mitglieder ganz erfüllen und Impulse geben, ihre Initiative breit zu entfalten.

Kampf dem Allgemeinen und oft schon Gesagten, Kampf der Langeweile! Unsere Gruppenveranstaltungen sollen erklären und zugleich handeln lehren.

Die Fülle guter Erfahrungen wie die kritische Auseinandersetzung mit unserer Arbeit wird uns befähigen, der Gewerkschaftsorganisation an der Karl-Marx-Universität neue Impulse zu geben, in der Überzeugung, daß der weltweite Kampf um die Sicherung des Friedens auch an unserem Arbeitsplatz entschieden wird, daß die Aufgaben, die sich mit dem weiteren Aufbau des Sozialismus in unserer Deutschen Demokratischen Republik ergeben, unsere ureigenen Aufgaben sind. Sorgen wir mit der wirksameren, allseitigen und umfassenden Interessenvertretung dafür, daß alle Universitätsangehörigen begeistert und voll innerer Befriedigung dem morgigen Tag entgegenblicken, der neuen Aufgaben neuen Erfolg, zugleich auch neue Freunde bringen soll!

Universitätszeitung, Nr. 25, 30. 6. 1961, S. 5